

Anfrage

des Abgeordneten Waldhäusl

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 10.11.2005
Ltg.-525/A-4/104-2005
— Ausschuss

an Herrn Landeshauptmann Erwin Pröll

gem. § 39 LGO 2001

betreffend: **NÖ Sendeanlagenabgabegesetz (Handymasten-Steuer) -
Inseratschaltungen auf Kosten der Steuerzahler**

Seit der Diskussion und dem anschließenden Beschluss des NÖ Sendeanlagenabgabegesetzes (Handymasten-Steuer) sind in vielen Medien Inserate und bezahlte Anzeigen zu dieser Causa vorzufinden. Auf Grund des Protestes der Opposition im niederösterreichischen Landtag sowie der betroffenen Handybenutzer waren die Landesregierung bzw. die ÖVP und SPÖ dazu gezwungen, ihren Beschluss und damit ihre Steuer positiv zu verkaufen.

Nach der Ankündigung der Rücknahme dieses Gesetzes wurde der so genannte Mobilfunkpakt präsentiert. Auch hier war eine begleitende PR-Kampagne erkennbar. Insgesamt wurde in dieser Causa sehr viel an Öffentlichkeitsarbeit, aber auch an Kampagnen, wie Plakate, Folder, Inserate und bezahlte Anzeigen in Auftrag gegeben. Bei einigen dieser Maßnahmen ist jedoch nicht erkennbar, ob eine politische Partei oder die Landesregierung (sprich: der Steuerzahler) dafür bezahlen muss.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landeshauptmann Pröll folgende

Anfrage:

- 1) Wie viel an Einzelmaßnahmen, wie Plakate, Folder, Inserate, bezahlte Anzeigen, Veranstaltungen etc. wurden seit dem Beginn der Diskussion bis jetzt von der NÖ Landesregierung in Auftrag gegeben?
- 2) Wie viel haben insgesamt die unter Punkt 1) angeführten Maßnahmen den niederösterreichischen Steuerzahler gekostet?
- 3) Wie viel jede einzelne Maßnahme selbst und in welchem Medium wurden diese geschaltet?
- 4) Warum hat die NÖ Landesregierung für dieses Maßnahmenpaket den Steuerzahler belastet?

- 5) Von wem wurden die Inserate in den Tageszeitungen mit der Präsentation des Mobilfunkpaktes und der Abbildung der fünf Betreiber und Landeshauptmann Pröll bezahlt bzw. stimmt es, dass es eine Forderung von Ihnen als Landeshauptmann war, dass diese Inserate durch die Mobilfunkbetreiber zu bezahlen sind?
- 6) Sehen Sie als Landeshauptmann von Niederösterreich es als gerechtfertigt, dass die Landesregierung zur Beschlussfassung eines Gesetzes und in der Folge das Aufheben dieses Gesetzes vor In-Kraft-Treten mit öffentlichen Steuergeldern bewirbt?
Wenn ja, was ist der Grund für solche Steuergeld vernichtenden Maßnahmen?